Geschäftsreglement des Kantonsrates von Solothurn

KRB vom 10. September 1991

Der Kantonsrat von Solothurn
gestützt auf § 55 des Kantonsratsgesetzes vom 24. September 1989¹⁾
nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag seiner vorberatenden Kom-
mission vom 3. Juli 1991²⁾)

beschliesst:

§ 1. In diesem Reglement umfassen männliche und weibliche personenbe-
zogene Bezeichnungen immer auch Personen des anderen Geschlechts.

1. Konstituierung

§ 2. Verfahren

¹ Der Kantonsrat beschliesst an der konstituierenden Sitzung über die
Gültigkeit seiner Wahl.

² Der Regierungsrat erstattet über die Kantonsratswahlen Bericht und
stellt Antrag. Sind Wahlbeschwerden eingegangen, entscheidet der Rat
auf Antrag der Wahlprüfungskommission.

³ Die Wahlprotokolle werden bezirksweise genehmigt. Die Mitglieder des
betreffenden Bezirks dürfen jeweils weder mitberaten noch mitstimmen.

⁴ Nach der Validierung bestellt der Rat sein Büro. Anschliessend leisten die
Ratsmitglieder das Amtsgelübde.

§ 3. Wahlprüfungskommission; Ausstandspflicht

Ratsmitglieder aus Bezirken, in denen Wahlbeschwerden erhoben worden
sind, dürfen bei der Beratung der betreffenden Beschwerden weder mit-
beraten noch mitstimmen.

§ 4. Amtsgelübde

¹ Der Alterspräsident nimmt dem neuen Präsidenten, der Präsident den
Ratsmitgliedern das Amtsgelübde ab.

² Die Gelöbnisformel lautet: «Gelobt vor eurem Gewissen, die Verfassung
und die Gesetze des Bundes und des Kantons zu beachten, die Pflichten
eures Amtes treu zu erfüllen und alles zu unterlassen, was den Bestand
und die Ehre des Landes gefährden könnte.»

³ Wer das Amtsgelübde nicht leistet, verzichtet auf das Amt.

¹⁾ BGS 121.1.

²⁾ KRV 1991 S. 837, 937, 995.

121.2

§ 5. *Wahlen in den Regierungsrat*

¹ Nach der Konstituierung prüft und genehmigt der Kantonsrat die Wahlprotokolle der Regierungsratswahlen. § 2 Absatz 2 gilt sinngemäss.

² Ist die Gültigkeit der Regierungsratswahlen festgestellt, bestimmt der Kantonsrat den Amtsantritt der neu gewählten Regierungsräte.

³ Die Mitglieder des Regierungsrates leisten dem Kantonsratspräsidenten das Amtsgelübde.

II. Sessionen

1. Allgemeines

§ 6. *Anzahl und Dauer*

¹ Der Kantonsrat versammelt sich periodisch zu Sessionen.

² Im Einvernehmen mit dem Regierungsrat legt das Büro den Sessionsplan für das folgende Jahr fest.

³ Die Sessionen dauern in der Regel zwei bis drei Tage.

§ 7. *Einladung*

¹ Die Mitglieder des Kantonsrates werden spätestens 10 Tage vor Sessionsbeginn unter Bekanntgabe der Traktandenliste schriftlich zu den Sitzungen eingeladen.

² Die zur Beratung gelangenden Vorlagen und zugehörigen Akten sind den Ratsmitgliedern rechtzeitig zuzustellen.

§ 8.¹⁾ *Regelmässige Traktanden*

Die Staatsrechnung des Vorjahres soll in der ersten, der Voranschlag für das folgende Jahr in der zweiten Jahreshälfte beraten werden.

² Der Rechenschaftsbericht des Regierungsrates soll jedes zweite Jahr beraten werden.

2. Verhältnis zur Öffentlichkeit

§ 9. *Grundsätze*

¹ Ort, Zeit und Traktanden der Sessionen sind im Amtsblatt zu veröffentlichen.

² Die Medienvertreter erhalten die zur Beratung gelangenden Vorlagen und zugehörigen Akten. Davon ausgenommen sind vertrauliche Akten. Im Streitfall entscheidet das Büro.

³ Die Öffentlichkeit ist über die Verhandlungen des Rates und seiner Kommissionen in zweckdienlicher Weise zu orientieren.

¹⁾ § 8 Fassung vom 2. November 1994; GS 93, 319.

§ 10. *Ausschluss der Öffentlichkeit*

¹ Der Präsident, fünf Mitglieder oder der Regierungsrat können geheime Beratung beantragen. Über einen solchen Antrag wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt.

² Die Bewilligung für Bild- und Tonaufnahmen wird verweigert, wenn es zur Gewährleistung einer ordnungsgemässen Geschäftsbehandlung notwendig ist oder geheime Beratung beschlossen worden ist.

§ 11. *Störung der Verhandlungen*

¹ Personen, die die Verhandlungen stören, werden vom Präsidenten zur Ruhe ermahnt. Setzen sie die Störungen fort, weist sie der Präsident aus dem Saal, wenn nötig mit polizeilicher Gewalt.

² Werden die Verhandlungen beharrlich gestört, kann der Präsident die Tribüne räumen lassen.

III. Organisation

1. Büro

§ 12. *Stellvertretung*

¹ Sind in einer Kantonsratssitzung der Präsident und die Vizepräsidenten oder die Stimmenzähler abwesend, wählt der Rat, nötigenfalls unter der Leitung des ältesten anwesenden Mitgliedes, Stellvertreter.

² In den Sitzungen des Büros können sich die Fraktionspräsidenten und Stimmenzähler durch Mitglieder ihrer Fraktion vertreten lassen.

³ Ist ein Fraktionspräsident schon in anderer Eigenschaft Mitglied des Büros, kann die Fraktion ein anderes Mitglied als Vertreter der Fraktion ins Büro delegieren.

2. Ratssekretär

§ 13. *Wahlerfordernisse*

Als Ratssekretär ist wählbar, wer:

- a) ein juristisches Hochschulstudium abgeschlossen hat, oder
- b) ein Hochschulstudium an einer philosophischen oder nationalökonomischen Fakultät abgeschlossen hat und sich über fundierte staats- und verwaltungsrechtliche Kenntnisse ausweist.

§ 14. *Pflichtenheft*

Das Büro erlässt das Pflichtenheft des Ratssekretärs.

§ 15. *Stellung gegenüber Regierung und Verwaltung*

¹ Auskünfte, die nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen, kann der Ratssekretär direkt bei den Departementsvorstehern oder bei den Dienststellen der Verwaltung einholen.

121.2

² Informationen, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, kann der Ratssekretär nur im Auftrag einer Kommission anfordern. Er hält sich dabei an den Dienstweg.

3. Ratsdienste

§ 16. *Kanzlei- und Weibeldienst; administrative Aufgaben*

¹ Der Staatsschreiber leitet den Kanzlei- und den Weibeldienst.

² Staatsschreiber und Ratssekretär koordinieren die Geschäfte des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie nehmen an den Sitzungen des Büros teil.

§ 17. *Protokoll-, Rechtsberatungs- und Dokumentationsdienst*

¹ Der Ratssekretär organisiert und leitet den Protokoll-, den Rechtsberatungs- und den Dokumentationsdienst.

² Für die Protokollführung in den Kommissionen kann er in Ausnahmefällen Beamte der zuständigen Departemente anfordern.

³ Für den Rechtsberatungsdienst kann er juristische Mitarbeiter der Departemente beziehen.

4. Kommissionen

§ 18. *a) allgemeine Bestimmungen* *Offene Wahl*

Werden für eine Kommission nicht mehr Kandidaten vorgeschlagen als Mitglieder zu wählen sind, werden die Mitglieder in offener Wahl gewählt.

§ 19. *Ersatzwahl*

¹ Ist ein Mitglied aus einer Kommission ausgeschieden, wird sein Nachfolger an der nächsten Session gewählt.

² In dringenden Fällen bestimmt der Präsident im Einvernehmen mit dem betreffenden Fraktionspräsidenten den Nachfolger. Er orientiert den Rat an der nächsten Session.

§ 20. *Stellvertretung*

Kann ein Kommissionsmitglied aus zwingenden Gründen während längerer Zeit an den Kommissionssitzungen nicht teilnehmen, bestimmt das Büro auf Vorschlag der betreffenden Fraktion einen Stellvertreter. Der Rat ist darüber zu informieren.

§ 21. *Einberufung; Konstituierung*

¹ Die Kommissionen werden erstmals durch den Ratssekretär, nachher durch den Kommissionspräsidenten einberufen.

² Die Kommissionen konstituieren sich selbst. Sie wählen den Präsidenten und mindestens einen Vizepräsidenten. Der Präsident ist aus jener Fraktion

zu bestimmen, welcher das Büro das Präsidium zugeteilt hat (§ 10 Abs. 1 lit. b des Kantonsratsgesetzes).

§ 22. *Einladungen*

¹ Die Kommissionen werden in der Regel spätestens 10 Tage vor dem Sitzungsdatum zu einer Sitzung eingeladen.

² Der Ratspräsident und die Fraktionspräsidenten sowie die Mitglieder des Regierungsrates erhalten jede Einladung zu Kommissionssitzungen zur Kenntnis.

³ Das Ratssekretariat stellt den Ratsmitgliedern periodisch einen Datenplan über die Kommissionssitzungen zu.

⁴ Will eine Sachkommission unter Ausschluss von andern Ratsmitgliedern tagen, wird dieser Beschluss wenn möglich auf der Einladung vermerkt.

§ 23. *Verhandlungsordnung*

¹ Die Bestimmungen dieses Reglements über die Ratsverhandlungen (§§ 41 sowie 43 ff.) gelten für die Kommissionsverhandlungen sinngemäss.

² Für Abstimmungen, auch bei Wahlvorschlägen, gilt ausschliesslich das einfache Mehr.

³ Die Kommissionen können Ausschüsse bilden und diesen spezielle Aufträge erteilen.

§ 24. *Mitwirkung des Regierungsrates*

¹ Der zuständige Departementsvorsteher kann beantragen, dass ihn die Kommission von der Teilnahme an einer Kommissionssitzung entbindet. Wenn möglich stellt er dieses Begehren an der vorhergehenden Sitzung.

² Die Kommission kann beschliessen, dass sie ohne den zuständigen Departementsvorsteher tagt. Sie teilt dies dem Departementsvorsteher rechtzeitig mit.

§ 25. *Berichterstattung*

¹ Die Kommissionen erstatten dem Rat schriftlich oder mündlich Bericht und stellen Anträge. Die schriftlichen Berichte und die Anträge sind den Ratsmitgliedern und dem Regierungsrat spätestens zehn Tage vor der Session zuzustellen.

² Der Kommissionspräsident oder der von der Kommission bestimmte Kommissionssprecher kann die schriftlichen Berichte in der Ratsdebatte wenn nötig mündlich ergänzen.

§ 26. *b) Protokoll, Protokollführung*

¹ Die Kommissionsbeschlüsse sind wörtlich, die Voten zusammengefasst wiederzugeben.

² Für die Protokollierung können die Verhandlungen auf Tonband aufgenommen werden. Wenn die Kommission das Protokoll genehmigt hat, sind diese Aufnahmen zu löschen.

³ Sind einzelne Traktanden in geheimer Beratung behandelt worden, ist darüber ein separates Protokoll zu erstellen.

121.2

§ 27. *Verwendung der Protokolle*

¹ Protokolle über Kommissionsverhandlungen, die nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen, stehen jedem Ratsmitglied und interessierten Dienststellen zur Einsicht offen. Eine Kopie dieser Protokolle erhalten:

- a) die Sitzungsteilnehmer;
- b) der Ratspräsident und der Ratssekretär;
- c) der Regierungsrat und der Staatsschreiber;
- d) die Fraktionspräsidenten;
- e) weitere interessierte Ratsmitglieder sowie die in der Sache betroffenen Dienststellen;
- f) auf Gesuch hin rechtsanwendende Behörden, sobald die betreffende Vorlage in Kraft getreten ist.

² Hat eine Kommission eine Sitzung in öffentlicher Beratung abgehalten, kann jedermann in das Protokoll Einsicht nehmen.

³ Protokolle über Kommissionsverhandlungen, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, erhalten nur die Kommissionsmitglieder und der Regierungsrat. Andere Ratsmitglieder und Dritte erhalten keine Einsicht in diese Protokolle.

⁴ Nach Abschluss der Verhandlungen des Kantonsrates stehen die Kommissionsprotokolle für wissenschaftliche Zwecke zur Einsicht offen. Protokolle, welche dem Amtsgeheimnis unterliegende Verhandlungen wiedergeben, dürfen nur mit Bewilligung des Ratssekretärs eingesehen werden.

§ 28. *c) ständige Kommissionen Bestand und Mitgliederzahl*

¹ Der Kantonsrat bestellt jeweils in der konstituierenden Sitzung folgende Sachkommissionen:

- a) die Bildungs- und Kulturkommission (15 Mitglieder);
- b) die Sozial- und Gesundheitskommission (15 Mitglieder);
- c) die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission (15 Mitglieder);
- d) die Redaktionskommission (3 Mitglieder).

² Die Aufsichtskommissionen zählen:

- a) Geschäftsprüfungskommission: 15 Mitglieder;
- b) Finanzkommission: 11 Mitglieder;
- c) Justizkommission: 15 Mitglieder.

§ 29. *Unvereinbarkeit; Amtszeitbeschränkung*

¹ Ein Ratsmitglied kann gleichzeitig nur in eine ständige Kommission Einsitz nehmen.

² Die Ratsmitglieder können derselben Kommission während höchstens acht Jahren ununterbrochen angehören. Der Präsident kann eine angebrochene Amtsperiode beenden.

§ 30. *Aufgaben*

¹ Die Aufgaben der ständigen Kommissionen sind in der Tabelle im Anhang aufgeführt. Das Büro kann für die Kommissionen Pflichtenhefte erlassen.

² Die ständigen Kommissionen orientieren sich periodisch über die Planungen oder die Vorarbeiten zu Vorlagen in ihrem Zuständigkeitsbereich und über das Ergebnis von Vernehmlassungsverfahren. Sie können dem zuständigen Departementsvorsteher jederzeit Anregungen zur Gesetzgebung oder zum Gesetzesvollzug unterbreiten.

§ 31. Koordination mit der Finanzkommission

¹ Jede Kommission, die eine Vorlage oder ein Geschäft mit finanziellen Auswirkungen berät, informiert die Finanzkommission über das Ergebnis ihrer Beratungen.

² Kann die Finanzkommission den Anträgen der Kommission zustimmen, geht die Vorlage an den Kantonsrat. Andernfalls weist die Finanzkommission die Vorlage an die federführende Kommission zurück und legt dar, in welcher Hinsicht sie aus finanziellen oder wirtschaftlichen Gründen zu ändern ist. Die federführende Kommission kann die Vorlage mit den Bemerkungen der Finanzkommission an den Regierungsrat zurückweisen.

³ Halten die Kommission oder der Regierungsrat an ihren Anträgen fest, entscheidet der Kantonsrat.

§ 32. Koordination mit der Redaktionskommission

¹ Verfassungs-, Gesetzes- und Verordnungsvorlagen sind der Redaktionskommission vor der Behandlung im Rat zu überweisen.

² Die Redaktionskommission überprüft die Texte in sprachlicher und systematischer Hinsicht; sie berücksichtigt dabei die vom Regierungsrat erlassenen Weisungen zur Gesetzestechnik.

³ Soweit nötig, zieht die Redaktionskommission den Kommissionspräsidenten und den zuständigen Departementsvorsteher zu ihren Beratungen bei.

§ 33. Konferenz der Präsidenten der ständigen Kommissionen

¹ Die Konferenz der Präsidenten der ständigen Kommissionen (Präsidentenkonferenz) versammelt sich auf Einladung des Ratspräsidenten oder wenn zwei Kommissionspräsidenten es verlangen.

² Die Präsidentenkonferenz koordiniert die Tätigkeit der ständigen Kommissionen.

§ 34. d) Spezialkommissionen

Für Vorlagen von besonderer Bedeutung, deren Vorberatung voraussichtlich mehr als drei Sitzungen erfordert, kann das Büro Spezialkommissionen einsetzen.

IV. Entschädigungen

1. Sitzungsgeld; Präsidialentschädigung

§ 35. Sitzungsgelder

¹ Die Ratsmitglieder erhalten ein Sitzungsgeld von 130 Franken für die Teilnahme an:

121.2

- a) Ratssitzungen;
- b) Kommissionssitzungen;
- c) jährlich höchstens neun ausserordentlichen Fraktionssitzungen.

² Das Sitzungsgeld beträgt 200 Franken für:

- a) Sitzungen, die länger als fünf Stunden dauern und nicht mit einem Ausflug verbunden sind;
- b) die Teilnahme an Rats- und Kommissionssitzungen am selben Tag;
- c) einmal pro Session für die Teilnahme an Rats- und Fraktionssitzungen am selben Tag.

³ Der Ratspräsident, die Kommissions- und die Fraktionspräsidenten erhalten in den betreffenden Sitzungen ein doppeltes Sitzungsgeld.

⁴ Die Fraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld beansprucht wird, sind vom Fraktionspräsidenten zu bezeichnen. Das Sitzungsgeld wird nur für Fraktionsmitglieder ausbezahlt, die sich auf eine Präsenzliste eingetragen haben.

⁵ Über Streitigkeiten in Entschädigungsfragen entscheidet das Büro.

§ 36. *Präsidentialentschädigung*

Der Ratspräsident erhält neben den Sitzungsgeldern eine jährliche Entschädigung von 5000 Franken.

2. Reiseentschädigung,

§ 37. ¹ Für Rats- und Kommissionssitzungen sowie Fraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld ausgerichtet wird, erhalten die Ratsmitglieder eine Reiseentschädigung. Diese bemisst sich nach den für das Staatspersonal geltenden Bestimmungen.¹⁾

² Für Sitzungen, die am gleichen Tag und am gleichen Ort stattfinden, wird die Reiseentschädigung nur einmal ausgerichtet.

3. Erwerbsausfall- und Auslagenersatz

§ 38. Ratsmitglieder, die durch die Teilnahme an Rats- und Kommissionssitzungen des Kantonsrates nachweisbar einen Erwerbsausfall erleiden, erhalten pro Halbtage:

- a) 200 Franken, wenn das satzbestimmende Einkommen 50'000 Franken nicht übersteigt;
- b) 100 Franken, wenn das satzbestimmende Einkommen zwischen 50'000 und 80'000 Franken liegt.

² Unselbständigerwerbende müssen den Erwerbsausfall mit einer Bestätigung des Arbeitgebers nachweisen; Selbständigerwerbende müssen ihn zumindest glaubhaft machen.

³ Erwachsen einem Ratsmitglied wegen der Teilnahme an den Sitzungen aus familiären Gründen besondere Auslagen, wird eine angemessene Entschädigung ausgerichtet.

¹⁾ BGS 126.511.323.

V. Verhandlungsordnung

1. Rahmen der Beratung

§ 39. Eröffnung und Dauer der Sitzungen

¹ Die Sitzungen dauern in der Regel von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr. Der Rat kann ganztägige Sitzungen oder Abendsitzungen durchführen.

² Der Präsident kann die Sitzung für eine halbstündige Pause unterbrechen.

§ 40. Präsenz

¹ Die Stimmzähler stellen die Namen der anwesenden und der entschuldigt und unentschuldigt abwesenden Mitglieder fest.

² Entschuldigungen sind dem Ratssekretär mitzuteilen.

§ 41. Beratungs- und Beschlussfähigkeit

Zur gültigen Beratung und Beschlussfassung muss die absolute Mehrheit der Mitglieder anwesend sein. Der Präsident kann jederzeit einen Namensaufruf anordnen.

§ 41^{bis}.¹) Ausstandspflicht

¹ Die Ausstandspflicht besteht insbesondere

- a) in Besoldungsangelegenheiten für Ratsmitglieder, die in einem Dienstverhältnis des kantonalen öffentlichen Rechts stehen;
- b) bei der Behandlung von Honorar- und Tarifordnungen für Ratsmitglieder, die hauptberuflich praktizierende Angehörige der entsprechenden Berufsgruppen sind.

² In den Ausstand treten muss auch, wer

- a) zur Wahrung der Interessen eines am Behandlungsgegenstand unmittelbar interessierten Dritten beauftragt oder bevollmächtigt ist;
- b) in Beschwerdefällen als Mitglied eines Organes oder Beauftragter einer Partei mit der Angelegenheit bereits befasst war.

§ 42. Ratsweibel

Im Ratssaal stehen die Ratsweibel für Dienstleistungen zur Verfügung.

2. Beratung

§ 43. a) Verfahrensordnung Eintretensdebatte

¹ Der Kantonsrat behandelt in der Eintretensdebatte jedes Geschäft in grundsätzlicher Hinsicht und entscheidet, ob darauf einzutreten sei. Bei Geschäften, deren Behandlung die Verfassung oder ein Gesetz vorschreibt, entfällt der Eintretensbeschluss.

¹) § 41^{bis} eingefügt am 27. Juni 1995; GS 93, 597

121.2

² In der Eintretensdebatte sollen vor allem die Fraktionen bekanntgeben, wie sie eine Vorlage beurteilen. Zulässig sind nur Anträge auf Eintreten, Nichteintreten, Rückweisung und Ordnungsanträge.

³ Beschliesst der Rat Nichteintreten, so gilt das Geschäft als erledigt und wird von der Traktandenliste gestrichen.

⁴ Nach dem Eintretensbeschluss kann der Rat ein Geschäft zur Überarbeitung an ein Ratsorgan oder an den Regierungsrat zurückweisen.

§ 44. *Detailberatung*

¹ Ist Eintreten beschlossen und das Geschäft nicht zurückgewiesen worden, wird die Vorlage im einzelnen durchberaten.

² In der Detailberatung können auch einzelne Teile der Vorlage zur Überarbeitung zurückgewiesen werden.

³ Die Ratsmitglieder konzentrieren sich in der Detailberatung auf den jeweiligen Beratungsgegenstand. Der Präsident kann sie dazu ermahnen.

§ 45. *Rückkommen*

¹ Nach Abschluss der Detailberatung kann jedes Ratsmitglied beantragen, auf bestimmte Teile einer Vorlage zurückzukommen. Der Rückkommensantrag ist kurz zu begründen. Der Rat entscheidet ohne weitere Diskussion.

² Wird der Antrag angenommen, findet über den betreffenden Gegenstand nochmals eine Detailberatung statt.

§ 46. *Volksabstimmung über Einzelpunkte*

¹ Nach Abschluss der Detailberatung und der Behandlung allfälliger Rückkommensanträge entscheidet der Rat über Anträge, welche verlangen, dass einzelne Bestimmungen eines Gesetzes oder eines Beschlusses dem Volk gesondert, allenfalls mit Varianten, zur Abstimmung vorgelegt werden (Art. 35 Abs. 2 der Kantonsverfassung).

² Hat der Rat beschlossen, einen Entwurf zweimal zu beraten, sind Anträge auf Einzelpunkt- Abstimmungen erst nach der zweiten Lesung zulässig.

³ Heisst der Rat einen solchen Antrag gut, findet über die beantragten Varianten eine Detailberatung statt. Der Rat kann auch solche Varianten zur Überarbeitung an die vorberatende Kommission zurückweisen.

§ 47. *Schlussabstimmung*

¹ In der Schlussabstimmung wird endgültig über die Vorlage, einschliesslich allfälliger Varianten, abgestimmt.

² Nach der Schlussabstimmung kann die Vorlage nur noch in redaktioneller Hinsicht geändert werden.

³ Der Rat kann in der gleichen Sitzung auf eine Schlussabstimmung zurückkommen.

§ 48. *b) Anträge* *Schriftlichkeit*

Anträge zur Sache sind dem Präsidenten grundsätzlich schriftlich, wenn möglich vor Beginn der Beratung, einzureichen.

§ 49. *finanzielle Tragweite*

Über Anträge, deren finanzielle Tragweite nicht abgeklärt ist, darf erst abgestimmt werden, wenn der Regierungsrat und die zuständige Kommission dazu Stellung genommen haben.

§ 50. *Ordnungsanträge*

Als Ordnungsanträge gelten insbesondere Anträge auf:

- a) geheime Beratung (§ 10);
- b) Feststellung der Präsenz (§ 40);
- c) Befolgung der Ausstandspflicht;
- d) Rückweisung (§§ 43f.);
- e) zweite Lesung;
- f) Schluss der Diskussion zu einem bestimmten Gegenstand (§ 55 Abs.2);
- g) Unterbrechung der Verhandlung;
- h) Verschiebung des Geschäfts.

² Ordnungsanträge können jederzeit gestellt werden. Sie sind vor den materiellen Anträgen zu behandeln.

§ 51. *c) Voten*

Erteilung des Wortes

¹ Wer zu einem Gegenstand sprechen oder einen Antrag stellen will, meldet sich beim Präsidenten. Will sich der Präsident an den Beratungen beteiligen, überlässt er den Vorsitz dem Vizepräsidenten.

² Niemand darf mehr als zweimal zum gleichen Gegenstand sprechen. Davon ausgenommen sind die Sprecher der Kommissionen, des Regierungsrates und der Fraktionen.

³ Für Ordnungsanträge, Berichtigungen und die Erwiderung auf persönliche Bemerkungen steht das Wort jederzeit offen.

⁴ Für Fraktionserklärungen zu nicht traktandierten Gegenständen wird das Wort nur erteilt, wenn das Büro einen entsprechenden Antrag gutheisst.

§ 52. *Beschränkung der Redezeit*

¹ Die Redezeit ist auf fünf Minuten pro Votum beschränkt.

² Sie beträgt 10 Minuten für die ersten Voten der.

- a) Kommissionssprecher;
- b) Sprecher des Regierungsrates;
- c) Fraktionssprecher;
- d) Urheber dringlich erklärter Vorstösse.

³ Der Präsident kann Ausnahmen bewilligen.

§ 53. *Reihenfolge der Voten*

¹ Zu jedem Gegenstand erhalten zuerst die Fraktionssprecher das Wort. Nach deren Voten erteilt der Präsident das Wort in der Reihenfolge der Anmeldungen.

² Die Kommissionssprecher und die Sprecher des Regierungsrates können sich jederzeit an den Beratungen beteiligen.

121.2

§ 54. *Ordnungsruf; Wortentzug*

¹ Ein Ratsmitglied, das gegen dieses Reglement verstösst oder den parlamentarischen Anstand verletzt, wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Im Wiederholungsfall entzieht ihm der Präsident das Wort.

² Jedes Mitglied kann den Antrag auf Ordnungsruf oder Wortentzug stellen. Über einen solchen Antrag entscheidet der Präsident.

³ Wird der Entscheid des Präsidenten vom Antragsteller oder vom Betroffenen bestritten, wird ohne weitere Diskussion darüber abgestimmt.

§ 55. *Schluss der Beratung*

¹ Der Präsident schliesst die Beratung, wenn die Diskussion erschöpft ist.

² Über einen Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion wird sofort abgestimmt. Der Antrag bedarf der Zustimmung von der anwesenden Mitglieder. Mitglieder, die sich vorher zu Wort gemeldet haben, erhalten noch das Wort.

3. Abstimmungen

§ 56. *Einleitung des Verfahrens*

¹ Der Präsident gibt vor jeder Abstimmung eine Übersicht über die eingereichten Anträge und macht Vorschläge über das Abstimmungsverfahren.

² Über Anträge zum Abstimmungsverfahren entscheidet der Rat.

§ 57. *Unbestrittene Anträge*

¹ Wenn zu einem Antrag kein Gegenantrag gestellt wird, so erklärt ihn der Präsident ohne Abstimmung zum Beschluss des Kantonsrates. Jedes Ratsmitglied kann jedoch verlangen, dass eine Abstimmung durchgeführt wird.

² Eine Schlussabstimmung ist in jedem Fall durchzuführen.

§ 58. *Hauptanträge und Abänderungsanträge*

¹ Hauptanträge sind:

- a) der Antrag der vorberatenden Kommission;
- b) Anträge, welche diesen Antrag integral ersetzen wollen;
- c) Anträge auf Streichung des Kommissionsantrages.

² Abänderungsanträge beziehen sich auf einen Hauptantrag, Unterabänderungsanträge auf einen Abänderungsantrag.

³ Eventualanträge sind solche, die nach dem Willen des Antragstellers nur zur Abstimmung kommen sollen, wenn eine bestimmte Bedingung erfüllt ist.

§ 59. *Abstimmungsverfahren*

¹ Der Präsident stellt zunächst fest, welche Anträge als Hauptanträge und welche als Abänderungs- bzw. Unterabänderungsanträge gelten.

² Unterabänderungsanträge sind vor den Abänderungsanträgen und diese vor den Hauptanträgen zur Abstimmung zu bringen. In Ausnahmefällen können unbereinigte Hauptanträge in Grundsatzabstimmungen gegenübergestellt werden.

³ Sind auf einer Stufe mehrere Anträge eingereicht worden, werden sie einander in Eventualabstimmungen gegenübergestellt. Dabei gelten folgende Regeln:

- a) Es werden nie mehr als zwei Anträge einander gegenübergestellt; der obsiegende Antrag wird den weiteren gegenübergestellt.
- b) Die Anträge kommen in folgender Reihenfolge zur Abstimmung: Anträge der Ratsmitglieder, Anträge des Regierungsrates, Anträge der Kommissionsminderheit, Anträge der Kommissionsmehrheit.
- c) Ist kein Streichungsantrag eingereicht worden, kann jedes Ratsmitglied verlangen, dass über den letzten verbleibenden Antrag eine Hauptabstimmung durchgeführt wird.

§ 60. Teilbare Anträge

Ist ein Abstimmungsgegenstand teilbar, kann jedes Ratsmitglied verlangen, dass getrennt abgestimmt wird.

§ 61. Stimmabgabe

¹ Grundsätzlich wird offen abgestimmt. Der Präsident kann mitstimmen.

² 25 Ratsmitglieder können schriftlich verlangen, dass unter Namensaufruf abgestimmt wird. Die Namen der Stimmenden und die Stimmabgabe werden protokolliert.

³ Bei Abstimmungen, die Einzelpersonen betreffen, wie z.B. bei Begnadigungen, wird geheim abgestimmt, wenn 25 Mitglieder es schriftlich verlangen. In diesem Fall ist eine Abstimmung unter Namensaufruf ausgeschlossen.

§ 62. Notwendiges Mehr

¹ Soweit in der Kantonsverfassung oder in einem Gesetz nichts anderes vorgesehen wird, bedarf es zu einem gültigen Beschluss der Mehrheit der Stimmenden.

² Erreicht ein Antrag in einer Hauptabstimmung das absolute Mehr der Stimmenden, wird das Gegenmehr nur erhoben, wenn es ein Ratsmitglied verlangt.

§ 63. Feststellung des Ergebnisses

¹ In offenkundigen Fällen stellt der Präsident fest, ob das notwendige Mehr zustandegekommen ist.

² Im Zweifelsfall oder wenn ein Ratsmitglied es verlangt, werden die Stimmen ausgezählt.

³ Bei geheimen Abstimmungen werden die Stimmen in jedem Fall ausgezählt. Leere Zettel und ungültige Stimmen fallen ausser Betracht.

§ 64. Stimmengleichheit

¹ Bei Stimmengleichheit gilt derjenige Antrag als angenommen, dem der Präsident zugestimmt hat. Hat der Präsident nicht mitgestimmt, gibt er den Stichentscheid.

² Besteht in Begnadigungsfällen Stimmengleichheit, gilt der für den Gesuchsteller mildere Antrag als angenommen.

121.2

4. Wahlen

§ 65. a) *Wahlen auf Ausschreibung Besetzung freier Stellen*

¹ Die Staatskanzlei sorgt dafür, dass freie Stellen, deren Inhaber der Kantonsrat wählt, rechtzeitig ausgeschrieben werden. Sie prüft allfällige Wählbarkeitsvoraussetzungen und stellt die Unterlagen mit ihrem Bericht der vorberatenden Kommission zu.

² Die vorberatende Kommission beurteilt die Kandidaten und unterbreitet dem Rat Wahlvorschläge. Die Ratsmitglieder erhalten eine Liste aller Kandidaten, die sich rechtzeitig angemeldet haben und allfällige Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllen (teilnahmeberechtigte Personen).

³ Erachtet die vorberatende Kommission das Ergebnis einer Ausschreibung als ungenügend, kann sie die Stelle erneut ausschreiben lassen oder dem Rat die Besetzung auf dem Berufungsweg beantragen.

⁴ Auf Antrag eines Ratsmitglieds oder des Regierungsrates kann auch der Kantonsrat beschliessen, dass die Stelle erneut ausgeschrieben wird.

§ 66. *Erneuerungswahlen*

¹ Liegt bei ordentlichen Erneuerungswahlen keine Demission des bisherigen Stelleninhabers vor, wird die Stelle für den ersten Wahlgang nicht ausgeschrieben. Einziger Kandidat ist der bisherige Amtsinhaber.

² Wird dieser im ersten Wahlgang nicht gewählt, ist die Stelle vor dem zweiten Wahlgang auszuscheiden. Der bisherige Stelleninhaber gilt als angemeldet, wenn er seine Kandidatur nicht schriftlich zurückgezogen hat.

§ 67. b) *Wahlen ohne Ausschreibung Teilnahmeberechtigung*

An Wahlen ohne Ausschreibung (§ 5 Abs. 3 des Staatspersonalgesetzes vom 23. November 1941)¹⁾ kann teilnehmen, wer allfällige Wahlvoraussetzungen erfüllt.

§ 68. c) *Wahlverfahren erster und zweiter Wahlgang*

¹ Im ersten und im zweiten Wahlgang können die Stimmen jeder teilnahmeberechtigten Person zugewendet werden.

² Gewählt ist, wer das absolute Mehr erreicht.

§ 69. *dritter, vierter und fünfter Wahlgang*

¹ Erreichen im ersten oder gegebenenfalls im zweiten Wahlgang nicht so viele Kandidaten das absolute Mehr, als Stellen zu besetzen sind, finden weitere Wahlgänge statt, wobei

- a) für den dritten Wahlgang aus der Wahl fällt, wer im zweiten Wahlgang weniger als drei Stimmen erhalten hat;
- b) für den vierten und fünften Wahlgang aus der Wahl fällt, wer im vorhergehenden Wahlgang die wenigsten Stimmen erhalten hat.

¹⁾ BGS 126.1.

² Im dritten und im vierten Wahlgang gilt das absolute, im fünften das relative Mehr. Wenn für einen Sitz nur noch ein oder zwei Kandidaten zur Wahl stehen oder wenn für mehrere Sitze gleich viele Kandidaten zur Wahl stehen, als Sitze zu besetzen sind, gilt das relative Mehr bereits im dritten oder vierten Wahlgang.

³ Bei Stimmengleichheit unter dem relativen Mehr gilt folgendes:

- a) Wenn für einen Sitz zwei Kandidaten zur Wahl stehen, entscheidet das vor dem Rat gezogene Los.
- b) Wenn neben den gleichrangierten Kandidaten noch weitere Kandidaten Stimmen erhalten haben, entscheidet eine Stichwahl zwischen den Gleichrangierten.

§ 70. d) *Wahlakt*

¹ Einzel- und Listenwahlen werden geheim durchgeführt. Die Weibei verteilen dazu die vom Ratssekretariat vorbereiteten Wahlzettel. Die Zahl der ausgeteilten Wahlzettel ist für jeden Wahlgang festzuhalten.

² Die Stimmzähler sammeln die ausgeteilten Wahlzettel ein. Stimmabgabe durch Stellvertretung ist ausgeschlossen.

³ Der Präsident erklärt die Wahl als geschlossen und lässt das Wahlergebnis durch die Stimmzähler feststellen.

§ 71. e) *Ermittlung des Wahlergebnisses gültige und ungültige Stimmen*

¹ Eine Wahl ist nur gültig, wenn mindestens die Hälfte der Ratsmitglieder teilgenommen hat.

² Zettel oder Stimmen, welche unleserlich oder missverständlich sind oder nicht wählbare Personen nennen, sind ungültig.

³ Enthält ein Zettel mehr Namen als im betreffenden Wahlgang Personen zu wählen sind, so sind die zuerst geschriebenen Namen gültig; dabei wird von oben nach unten und von links nach rechts gezählt.

⁴ Entstehen über die Gültigkeit eines Zettels oder einer einzelnen Stimme Zweifel, entscheiden die Stimmzähler. Bei Stimmengleichheit ziehen sie den Ratspräsidenten zum Stichentscheid bei.

§ 72. *Absolutes Mehr*

¹ Für die Feststellung des absoluten Mehrs werden die ungültigen und leeren Stimmen mitgerechnet.

² Haben mehr Kandidaten das absolute Mehr erreicht, als Stellen zu besetzen sind, so sind die Kandidaten mit den höchsten Stimmzahlen gewählt. Bei Stimmengleichheit zweier Kandidaten findet § 69 Absatz 3 sinngemäss Anwendung.

§ 73. *Eröffnung*

¹ Der Präsident eröffnet dem Rat nach jedem Wahlgang die Zahl:

- a) der ausgeteilten und der eingegangenen Stimmzettel;
- b) der leeren, ungültigen und gültigen Stimmzettel;
- c) des absoluten Mehrs;
- d) der auf jeden wählbaren Kandidaten entfallenen Stimmen. 2 Formfehler sind sofort geltend zu machen. Der Rat entscheidet über angefochtene Wahlen.

121.2

§ 74. *Publikation*

Sämtliche vom Kantonsrat vorgenommenen Wahlen sind im Amtsblatt zu publizieren.

5. Aufzeichnung der Verhandlungen

§ 75. *Interims-Protokoll*

¹ Der Ratssekretär führt das Interims-Protokoll.

² Dieses Protokoll hält namentlich fest:

- a) den Vorsitz, Absenzen und Entschuldigungen;
- b) die Verhandlungsgegenstände;
- c) die Namen der Sprecher und ihre Anträge;
- d) die Ergebnisse der Abstimmungen;
- e) stillschweigend genehmigte Anträge;
- f) bei Wahlen: die Angaben des Präsidenten nach § 73 Absatz 1.

§ 76. *Wörtliche Aufnahme*

¹ Sämtliche Verhandlungen werden auf Tonband aufgenommen und in einem Wortprotokoll festgehalten.

² Auf Verlangen werden den Votanten, die sich auf eine entsprechende Liste eintragen, Auszüge mit ihren Voten zugestellt.

³ Die Auszüge sind innert acht Tagen mit allfälligen Berichtigungen an das Ratssekretariat zurückzusenden. Inhaltliche Änderungen sind nicht zulässig. Im Streitfall entscheidet das Büro.

⁴ Das Protokoll wird vom Ratspräsidenten und vom Ratssekretär unterzeichnet.

§ 77. *Veröffentlichung*

¹ Aufgrund des Wortprotokolls erstellt die Staatskanzlei die «Verhandlungen des Kantonsrates». Geheime Verhandlungen werden darin nicht aufgeführt.

² Die «Verhandlungen des Kantonsrates» werden jedem Ratsmitglied periodisch zugestellt. Sie können von jedermann abonniert werden.

§ 78. *Unterzeichnung der Erlasse*

Die Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse werden im Namen des Kantonsrates vom Präsidenten und vom Ratssekretär unterzeichnet.

VI. Verhandlungsgegenstände

1. Parlamentarische Vorstösse

§ 79. Einreichung und Rückzug

¹ Parlamentarische Vorstösse einreichen können Ratsmitglieder, Fraktionen und Kommissionen.

² Parlamentarische Vorstösse sind dem Präsidenten schriftlich einzureichen. Der Präsident gibt dem Rat davon Kenntnis.

³ Vor der Session eingereichte Vorstösse werden am ersten Sitzungstag zu Protokoll genommen.

⁴ Vorstösse können von mehreren Ratsmitgliedern unterzeichnet sein. Der Erstunterzeichner gilt als Urheber. Vorstösse von Fraktionen sind von ihrem Präsidenten zu unterzeichnen.

⁵ Vorstösse können vom Urheber bis zum Beginn der Behandlung ohne Zustimmung der Mitunterzeichner zurückgezogen werden.

§ 80. Text und Begründung

¹ Der Text der Motionen, Postulate und Interpellationen soll keine Begründung enthalten. Er wird mit dem Namen der Unterzeichner, unter Weglassung begründender Zusätze, im Anhang zu den Einladungen des Kantonsrates und im Rechenschaftsbericht des Regierungsrates wiedergegeben.

² Der Wortlaut eines Vorstosses kann nach der Einreichung nicht geändert werden.

³ Bei der Einreichung einer Motion, eines Postulats oder einer Interpellation muss der Urheber erklären, ob und wie er den Vorstoss begründen will. Schriftliche Begründungen sind dem Ratssekretariat spätestens 20 Tage nach Einreichung des Vorstosses zuzustellen; nach Ablauf dieser Frist gilt der Vorstoss als nicht eingereicht.

§ 81. Beantwortung; Behandlung im Rat

¹ Der Regierungsrat gibt seine Stellungnahme zu Vorstössen grundsätzlich schriftlich ab. Bei Motionen und Postulaten erklärt er, ob er den Vorstoss entgegennehmen will.

² Steht ein Vorstoss im Zusammenhang mit einem im Rat hängigen Geschäft, ist er in der Regel mit diesem zusammen zu behandeln.

³ Bei der Behandlung eines Vorstosses kann der Urheber verlangen, dass er die schriftliche Begründung mit neuen Aspekten ergänzen darf. Er erhält dafür höchstens drei Minuten Redezeit. Anschliessend wird der Vorstoss zur Diskussion gestellt.

§ 82. Behandlung von Motionen

¹ Motionen können bis zur Beschlussfassung des Rates in Postulate umgewandelt werden.

² Erheblich erklärte Motionen werden, soweit der Rat nichts anderes beschliesst, dem Regierungsrat überwiesen.

121.2

³ Der Rat kann erheblich erklärte Motionen dem Büro oder einer Kommission überweisen oder beschliessen, dass sofort über die Sache entschieden wird. Der sofortige und endgültige Beschluss bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Stimmenden. § 49 bleibt vorbehalten.

§ 83. *Behandlung von Interpellationen*

Der Interpellant kann sich von der Antwort des Regierungsrates befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären. Diese Erklärung kann er in einer Stellungnahme von höchstens zwei Minuten erläutern.

§ 84. *Erledigung von Motionen und Postulaten*

¹ Der Regierungsrat erfüllt Motionen und Postulate, die die Erledigung von keine Frist setzen, so bald als möglich.

² Er erfüllt ein Postulat, indem er in einem separaten im Rechenschaftsbericht oder im Rahmen einer Vorlage über das Ergebnis seiner Prüfung Bericht erstattet. Separate Berichte werden auf Beschluss des Büros einer Kommission zur Prüfung zugewiesen.

³ Der Regierungsrat erstattet alljährlich über den Bearbeitungsstand der ihm überwiesenen Motionen und Postulate Bericht.¹⁾

§ 85. *Abschreibung von Motionen und Postulaten*

¹ Der Regierungsrat beantragt im Rechenschaftsbericht oder im Rahmen einer Vorlage die Abschreibung von Motionen und Postulaten.

² Auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission beschliesst der Rat bei der Behandlung des Rechenschaftsberichts, ob eine Motion oder ein Postulat aufrechterhalten bleibt oder abgeschrieben wird.

2. Sachvorlagen

§ 86. *Zustellung von Vernehmlassungsvorlagen*

Der Regierungsrat stellt Gesetzes- und Beschluseseurwürfe, über die er eine Vernehmlassung eröffnet, gleichzeitig auch den Mitgliedern des Kantonsrates zu.

§ 87. *Behandlung von Volksinitiative und Gegenvorschlag*

¹ Soll einer Volksinitiative ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden, so wird der Entwurf des Gegenvorschlags zuerst bereinigt. Der Ratspräsident macht auf den Eventualcharakter der Bereinigung aufmerksam.

² Danach beschliesst der Rat über die Abstimmungsempfehlung. Wird die Initiative zur Annahme empfohlen, entfällt der Gegenvorschlag. Empfiehlt der Rat die Initiative zur Verwerfung oder verzichtet er auf einen Antrag zur Initiative, so beschliesst er darüber, ob er dem Volk empfehlen wolle, den Gegenvorschlag anzunehmen und der Initiative in der Stichfrage vorzuziehen.

¹⁾ § 84 Abs. 3 Fassung vom 2. November 1994; GS 93, 319.

3. Weitere Verhandlungsgegenstände

§ 88. *Volksmotion*

Für die Behandlung von Volksmotionen gelten die §§ 82 Absatz 2, 84 und § 86 sinngemäss.

§ 89. *Erklärungen des Regierungsrates*

¹ Der Regierungsrat kann dem Kantonsrat im Einvernehmen mit dem Ratspräsidenten von sich aus Erklärungen zu wichtigen Ereignissen oder Problemen abgeben.

² Der Kantonsrat kann beschliessen, dass über die Erklärung eine Diskussion eröffnet wird.

§ 90. *Verordnungsveto*

Ratsmitglieder, welche den Einspruch gegen eine Verordnung bzw. eine Verordnungsänderung unterstützen wollen, sollen ihre Unterschrift wenn möglich auf demselben Schriftstück leisten.

§ 91. *Beschwerden*

Für die Behandlung von Beschwerden in der vorbereitenden Kommission gilt das Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen¹⁾ sinngemäss.

§ 92. *Petitionen*

Erklärt der Kantonsrat eine Petition erheblich, überweist er sie dem Regierungsrat zur Begutachtung.

§ 93. *Begnadigungen*

Ein neues Begnadigungsgesuch kann erst nach Ablauf eines Jahres seit der Beschlussfassung gestellt werden.

§ 94. *Vernehmlassungen an Bundesbehörden*

¹ Wird der Regierungsrat von einer Bundesbehörde zur Vernehmlassung eingeladen, teilt er dies dem Büro mit.

² Wenn es das Büro an seiner nächsten Sitzung verlangt, wird die Vernehmlassung dem Kantonsrat zur Stellungnahme unterbreitet. Das Büro stellt Antrag.

³ Die Stellungnahme des Kantonsrates wird zusammen mit der Vernehmlassung des Regierungsrates eingereicht.

§ 95. *Disziplinarverfahren*

¹ Besteht Anlass zur Annahme, ein der Disziplinargewalt des Kantonsrates unterstellter Amtsträger habe seine Dienstpflichten verletzt, kann jedes Ratsmitglied und jedes Mitglied des Regierungsrates beim Büro die Einleitung eines Disziplinarverfahrens verlangen. Dieses Recht steht auch dem Betroffenen selbst zu.

¹⁾ BGS 124.11.

121.2

² Das Büro prüft die Angelegenheit und erstattet dem Rat Bericht und stellt Antrag. Offensichtlich haltlose Anträge weist das Büro mit einer kurzen Begründung an den Antragsteller zurück.

³ Beschliesst der Rat, das Disziplinarverfahren sei zu eröffnen, setzt er zur Untersuchung der Vorfälle eine Spezialkommission ein. Darin sollen alle Fraktionen vertreten sein. Im übrigen richtet sich das Verfahren nach §§ 22 ff. des Verantwortlichkeitsgesetzes¹).

VII. Schlussbestimmungen

§ 96. *Änderungen*

Änderungen dieses Reglements können nicht in der gleichen Sitzung beschlossen werden, in welcher sie beantragt werden.

§ 97. *Inkrafttreten*

¹ Dieses Reglement untersteht dem fakultativen Referendum. Es tritt am 1. Januar 1992 in Kraft.²)

² Das Geschäftsreglement vom 10. Dezember 1960³) wird aufgehoben.

Die Referendumsfrist ist am 1. Januar 1992 unbenutzt abgelaufen

Publiziert im Amtsblatt vom 16. Januar 1992

¹) BGS 124.21.

²) Inkrafttreten der Änderungen vom:
- 2. November 1994 am 1. Januar 1995;
- 27. Juni 1995 am 1. Dezember 1995.

³) GS 81, 333.

Anhang

Ständige Kommissionen nach §§ 28 ff. des Geschäftsreglementes**Bildungs- und Kulturkommission**

(15 Mitglieder)

Sachgeschäfte:

- Schulen inkl. Schul- und Sportbauten
- Bildung
- Kultur
- Sport
- Jugendfragen

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

(15 Mitglieder)

Sachgeschäfte:

- Umweltschutz
- Natur- und Heimatschutz
- Verkehr
- Energie
- Bau inkl. Tief- und Verwaltungsbauten
- Raumplanung
- Landw./Forstw.
- Wirtschaftsfragen

Wahlgeschäfte:

- Kantonsbaumeister
- Kantonsingenieur
- Chef Raumplanung
- Kantonsoberförster

Sozial- und Gesundheitskommission

(15 Mitglieder)

Sachgeschäfte:

- Gemeinde- und Sozialwesen
- öffentliche Fürsorge
- Gesundheit
- Heimwesen
- Heim- und Spitalbauten

GPK

(15 Mitglieder)

Aufsichtsbereich:

gesamte Verwaltung inkl. andere Träger öffentlicher Aufgaben

Finanzkommission

(11 Mitglieder)

Aufsichtsbereich:

wie Finanzkontrolle (gesamte Verwaltung und andere Träger öffentlicher Aufgaben nach § 47 Finanzhaushaltsverordnung [BGS 611.22])

Sachgeschäfte:

- Finanzen
- Personal
- Organisation
- Besoldungen

Wahlgeschäfte:

- Chef Finanzverwaltung
- Chef Finanzkontrolle

Justizkommission

(15 Mitglieder)

Aufsichtsbereich:

alle Justizorgane und Amtschreibereien

Sachgeschäfte:

- Begnadigungen
- Beschwerden
- Petitionen
- Justiz
- Polizei
- Gesamtverteidigung
- Katastrophenvorsorge

Wahlgeschäfte:

- Staatsanwalt und Stellvertreter
- Jugendanwalt- und Stellvertreter
- Untersuchungsrichter
- Obergerichtsschreiber
- Kreiskommandant

121.2

Gelöbnisformel

«Gelobt vor eurem Gewissen, die Verfassung und die Gesetze des Bundes und des Kantons zu beachten, die Pflichten eures Amtes treu zu erfüllen und alles zu unterlassen, was den Bestand und die Ehre des Landes gefährden könnte.»

Sprechen Sie die Worte: «Ich gelobe».